

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 1,20 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsgestaltige Zeitschrift, außerhalb der Hauptmannschaft 6 Pf., im amtlichen Teil (samt dem Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 21

Mittwoch den 25. Januar 1922

88. Jahrgang

## Vertilgtes und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Immer noch ist der Eisenbahnverkehr, namentlich der Fernverkehr, kein geregelter. Heute Dienstag früh langte der Zug erst nach  $\frac{1}{4}$  stündiger Verspätung hier an und brachte nur wenige Postsendungen. Das übrige sollte dann mit dem nächsten Zuge kommen.

**Dippoldiswalde.** Auf die in Aussicht gestellte gewesene Kalkofen ist leider nicht mehr zu rechnen, wie wir erfahren. Das Steinlohlenwert Zanderode bietet aber für die nächsten Tage noch marktfreien Bassinschlamm zum Preise von 5 M. 50 Pf. für 1 hl an. Abfuhr hat von der Wäsche in Döhlen zu erfolgen. Verkauf erfolgt voraussichtlich noch bis Ende d. M. täglich bis vormittags 11 Uhr solange der Vorrat reicht.

Am Sonntag hielt nachmittags im Jünglingsverein und abends im Jungfrauenverein Herr Jęgłinski aus Ostpreußen einen Vortrag über Ostpreußens schwere Zeit. Er hat es als Knabe mit erlebt, wie die Kosaken einfielen, wie sie raubten und mordeten wie die Bestien. Nachdem seine Eltern durch eine Granate getötet waren, floh er nach Königsberg. Mit 16 Jahren trat er ins Heer ein und kämpfte bis 1918 im Westen mit, dann noch im Grenzschutz. Es war erschütternd, was er in seinen jungen Jahren alles erlebt hat. Auch über Land und Leute seiner Heimat berichtete er vieles Interessante. Wir haben heute vieles fast vergessen, was wir erlebt haben und was uns bedrohte. Da ist es gut, wenn wir einmal daran erinnert werden, vor welchem Schicksal Volkes Schutz und Hindenburgs Tüchtigkeit uns bewahrt hat. Das macht dankbar. — In 14 Tagen will Herr J. noch etwas erzählen aus seiner Seereise als Schiffsjunge. — Wie schon berichtet wurde, blickt der Jünglingsverein jetzt auf 30 Jahre seines Bestehens zurück. Aus diesem Anlaß spendete ihm ein Herr aus der Nähe 50 M. Ihm sei auch hierdurch herzlich gedankt.

Die Gesellschaft „Erholung“ wird am nächsten Sonntag in der „Reichskrone“ einen öffentlichen Theaterabend veranstalten, in dem Mitglieder der Gesellschaft Bertha von Suttner vieraktiges Drama „Die Waffen nieder“ aufzuführen werden. Die Hälfte des Reinertrags ist für hiesige arme Konfirmanden bestimmt.

Wie wir nunmehr mitteilen können werden die musikalischen Vorträge des Herrn Prof. Pellegrini (siehe letzte Sonntags-Nummer) am Dienstag den 31. Januar abends 8 Uhr in der Bürgerschule (Zimmer Nr. 12) beginnen. Der Teilnehmerpreis für sämtliche 7 Vorträge beträgt 30 M. Einzelzeichnungsliste liegt auch in unserer Geschäftsstelle aus. Eine zahlreiche Beteiligung darf nach dem bisher laut gewordenen Interesse erwartet werden. (Siehe auch Inserat.)

Sonderkursus in Stenographie. Wie aus dem Anzeigenteil der heutigen Zeitung ersichtlich ist, beginnt nächsten Donnerstag ein Sonderkursus zur Erlernung der Stenographie. Damen und Herren, die daran teilnehmen wollen, wird es dringend empfohlen und legitim aufgefördert, ihre vorherige schriftliche Anmeldung beim Vorsitzenden des Stenographenvereins, Herrn Felix Jehne zu bewirken, da Neuanmeldungen nach Beginn des Kursus nicht mehr berücksichtigt werden können.

Das Hausgrundstück des verstorbenen Klempnermeisters Riebel in der Altenberger Straße ist in den Besitz des Herrn Klempnermeister Friedrich übergegangen.

Der Postwertzeichen-Wirwar. Die durch die Post gehenden Briefe kennzeichnen in ihrem Außern die Zerfahrenheit unserer Zeit. Gar mancher Brief gleicht in der Markenbeklebung bunten Wilderbogen. In langer Reihe sind Marken verschiedenster Werte aneinandergesetzt zu einer lebhaften Illustration der sprunghaften Aufwärtsbewegung, welche der deutsche Poststar genommen hat. Dies Emporschwellen der Postfäße ist schuld an der beliebten Buntheit der Briefe und Karten. Nicht etwa der Absender. Es mag ja manchem, dem Zeit nicht Geld zu sein braucht, ein Vergnügen sein, 10 oder mehr Briefmarken unter Wahrung künstlerischer Geschmacks- und Formenbildung fein säuberlich nebeneinander zu reihen, im geschäftlichen Leben bedeutet dies aber eine unnütze Zeitvergeudung. Schafft auch nur die richtigen Werte an wird mancher einwenden, der in dem Wahne ist, es sei noch wie einst: man brauche nur zu verlangen. Verlangen und bekommen ist aber heute zweierlei und ganz besonders bei der Post. Es ist natürlich, daß bei den sich überstürzenden Wenderungen der Tarife die Herstellung der Marken nicht folgen konnte, und daß die Postämter gar nicht in der Lage sind, Wertzeichen in dem gewünschten Maße abzugeben. So bekommt man alle möglichen Werte, nur nicht die benötigten, und kann dann sehen,

wie man zurecht kommt. Schön ist anders. Es ist dringend wünschenswert, daß die staatlichen Betriebe auch heute noch mit bestem Beispiel vorangehen, und deshalb muß für künftige „Reformen“ unbedingt das Verlangen gestellt werden, die Sache so vorzubereiten, daß alles klappt. Eine besonders nette Leistung waren die „Ueberdruckmarken“. Vor kurzem noch bekam man sie am Schalter in die Hand gedrückt, und jetzt wird bekanntgegeben, daß sie nicht mehr gelten nur bis 31. Januar umgetauscht werden. Die Postverwaltung hätte sich eher darüber klar sein müssen, daß der Ueberdruck zu Schädigungen der Postkasse führen kann, weil er ohne besondere Kunstkniffe herzustellen ist. Das Publikum ist schließlich der Leidtragende, denn es muß für das Verlustkonto der Post einstehen.

**Schmiedeberg.** Nachdem die Firma Piegel & Co. in Dresden mit Bestimmtheit die Lieferung der neuen Glocken bis Sonntag den 29. Januar versprochen hatte und deshalb alle Vorbereitungen zur Glockenweihe hier getroffen wurden, muß diese leider abermals auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Auch haben sich erneute Schwierigkeiten mit genannter Firma ergeben, indem dieselbe verschiedene Punkte des schriftlichen Vertrages nicht anerkennen will. Begreiflich ist es, daß die Kirchengemeinde nunmehr ungeduldig wird, da die Glocken doch schon Mitte Juli vorigen Jahres bestellt worden sind. Der Kirchenvorstand hat daher durch die Superintendentur beim Konsistorium Beschwerde gegen die Firma Piegel & Co. einlegen lassen und dürften zwischen dieser und der Kirchenbehörde Auseinandersetzungen entstehen. Die neuen Prospektstufen für die Orgel sind bei der Firma Jehn & Sohn in Dresden ebenfalls bestellt. Lieferung und Einbau soll Mitte Februar erfolgen.

**Dresden.** Nach den bei der Generaldirektion Dresden vorliegenden Mitteilungen handelt es sich bei dem Eisenbahnerstreik bisher nur um einen wilden, lediglich in Dresden und den nächsten Dresdner Vororten ausgebrochenen Teilstreik. Auf den am Sonnabend vormittag von der Generaldirektion erlassenen Aufruf haben sich an vielen Arbeitsstellen zahlreiche Eisenbahner gemeldet, die erklärten, daß sie gar nicht streiken wollten, daß ihnen die Aufnahme des Dienstes lediglich durch den Terror der Streikleitung unmöglich gemacht werde. Wie weiter von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind am Sonntag gegen Mittag bereits Leute der wilden Streikleitung auf dem Büro des Eisenbahnerverbandes erschienen und haben dort den Versuch gemacht, die Verhandlung zur Uebernahme der Streikleitung zu veranlassen, dem dieselbe aber nicht nachgegeben ist. Von der Generaldirektion ist bei der sächsischen Regierung der Antrag gestellt worden, die Technische Nothilfe heranzuziehen. Wirtschaftsminister Fellsch hat aber abgelehnt, diesem Ersuchen stattzugeben. Dabei sind von der Streikleitung, obwohl sie bekannt gegeben hatte, daß sie die Nahrungsmittel-, Kohlen- und Milchzüge durchlassen wolle, tatsächlich Lebensmittelzüge angehalten worden.

Das Betriebsamt des Rates zu Dresden gibt bekannt: Infolge des am 21. Januar 1922 mittags 12 Uhr eingetretenen Eisenbahnerstreiks ist die Zuführung für Kohlen zu den städtischen Gaswerken unmöglich geworden. Da infolge der allgemeinen schlechten Kohlenlieferung die Werke über Vorräte nicht verfügen, ist zu erwarten, daß ab Montag den 23. Januar der Betrieb der Gaswerke eingestellt werden muß. Vom gleichen Zeitpunkt ab findet auch eine Sperrung des Kohlenverkaufs auf den städtischen Gaswerken statt.

Die Eisenbahngeneraldirektion teilt mit: Der Dresdner Eisenbahnerstreik ist im Abflauen begriffen. In Radeberg ist der Ausstand bereits am Sonntag abend beendet und der Verkehr wieder aufgenommen worden.

**Bad Schandau.** Wie der Stadtrat bekannt macht, dürfen Fremdenheime in Zukunft hier nur noch mit Genehmigung der Kreishauptmannschaft zu anderen Zwecken als denen der Gastüberbergung verwendet werden.

**Schönb.** Der Blumenarbeiterstreik ist trotz mehrfacher Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern noch nicht beendet. In einer am 20. d. M. abgehaltenen Versammlung erklärten die Arbeiter, von ihren Lohnforderungen zurückzutreten zu wollen, stellen jedoch an die Arbeitgeber die Bedingung, alle Streikführer — es kommen gegen 100 Arbeiter in Frage — ohne weiteres wieder zu beschäftigen. Diese Bedingung wurde von den Arbeitgebern nicht angenommen; der Streik wird fortgesetzt. Wenn die Arbeiter sich nicht in letzter Stunde entschließen, auf ihre Bedingungen zu verzichten, dann werden die wirtschaftlichen Folgen für sie katastrophale sein, zumal auch die Gewerkschaftskasse die letzten Reserven für die Streikenden ausgegeben hat. 4000 Personen befinden sich gegenwärtig im Ausstande.

**Leipzig.** Da die Kosten für die Straßenreinigung sehr erheblich gestiegen sind, beabsichtigt der Rat die für die Straßenreinigungsgebühren vorgesehenen vierfachen Sätze auf das Sechsfache zu erhöhen. 800 000 M. sollten dadurch mehr erbracht werden. Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte jedoch in der letzten Sitzung diese Erhöhung ab, da zweifellos die Hausbesitzer diese 800 000 M. auf die Mieten abwälzen würden. Einer solch mietverfeuernden Steuer stimmten deshalb die Stadtverordneten nicht zu, sondern lehnten sie mit 46 gegen 24 Stimmen ab.

**Grimma.** In der letzten Sitzung des Kirchenvorstandes zu Grimma sprachen sich von 15 Kirchenvorstandsmitgliedern 13 gegen die Bezeichnung des ersten Landesgeistlichen als „Bischof“ aus und empfahlen dafür den Titel „Landespfarrer“.

**Möbis bei Borna.** Der Sohn des Wirtschaftsbefehlers Mäder, Arno Mäder, hat durch Spielerei beim Sperlingschießen mit Teshing dem Gutsbesitzer Reinhold Pfau in dessen Gehst das linke Auge ausgeschossen.

**Crimmitschau.** Bei einer von der Polizei hier bei 21 Händlern vorgenommenen Nachprüfung des Buttergewichts wurden bei drei Händlern 27 Stückchen Butter vorgefunden, die ein Mindergewicht aufwiesen. Die Butter verfiel der Beschlagnahme und die verantwortlichen Personen sehen ihrer Bestrafung entgegen.

**Glauchau.** Ein hier wohnender 13 Jahre alter Schulknabe hat sich in den letzten Wochen durch Herausgabe von größeren Gelbbeträgen verdächtig gemacht. Die hiesige Kriminalpolizei hat nun ermittelt, daß der Schulknabe einen im gleichen Hause wohnenden Weber, den er immer früh geweckt hat, um über 600 Mark nach und nach erleichtert hat. Zuletzt hat er die ganze Brieftasche, der der Dieb das Geld immer entnahm, entwendet. Die Brieftasche mit 200 Mark konnte wiedererlangt werden. Für das übrige Geld hat sich der jugendliche Dieb eine Geige, Schlittschuhe und verschiedene Näscherien gekauft.

**Langenberg.** Bei einem Zigeuner wurde hier ein 13 jähriger Knabe aus Westfalen ermittelt. Nach dem Knaben waren schon 1 1/2 Jahre lang polizeiliche Erörterungen angestellt worden.

**Rechen.** Um die ausgeschriebene Bürgermeisterstelle sind 93 Bewerbungen eingegangen. Der Wahlauschuss hat 4 Herren, die im Gemeindevorstand vorgebildet sind, zur engeren Wahl gezogen.

**Zwönitz.** Der Strumpfwirker Sieber aus Dorschemnitz erschien hier in einem Geschäft, um ein Weil zu kaufen. Er erhielt auch das Verlangte, entfernte sich aber, ohne Zahlung geleistet zu haben. Als der Kaufmann ihm nachging und das Geld verlangte, versetzte Sieber ihm drei Hiebe mit dem Weil über den Kopf, wodurch der Ueberfallene schwer verletzt wurde. Sieber ergriff nun die Flucht. Die Leute, die ihn aufhalten wollten, bedrohte er nicht nur mit dem Weil, sondern auch mit einem Revolver. In Dorschemnitz gelang es, den Täter zu überwältigen und zu fesseln. Er wurde nach Zwönitz ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

**Bauhen.** Nach einem Berichte des städtischen Wohnungsamtes ist hier die Zahl der Wohnungsuchenden von 1950 Ende 1920 auf 3215 Ende 1921 gestiegen. Von den Wohnungsuchenden wurden im Jahre 1921 480 untergebracht, das sind 166 weniger als im Vorjahre. Es ist hier also eine wesentliche Verschärfung der Wohnungsnot eingetreten, was das Wohnungsamt auf den erheblichen Zuzug von auswärtig zurückführt.

## Friedensrede Lloyd Georges.

Deutlicher Wink an Poincaré.  
Vor einer vieltausendköpfigen Zuhörerschaft hielt Lloyd George auf dem nationalliberalen Parteitag in Westminster eine große Rede über die innere und auswärtige Politik Großbritanniens und die allgemeine Weltlage. Als wichtigstes Problem der Gegenwart bezeichnete er die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens. Um das Vertrauen wiederherzustellen, müsse man einen wirklichen Frieden in der ganzen Welt schaffen. Dies sei die Aufgabe, der sich alle Regierungen gegenüberstellen müssen.

Lloyd George schilderte dann die ernste Wirtschaftskrise, die augenblicklich in allen Ländern, vor allem aber in England, herrsche. In England seien zwei Millionen Arbeitslose, in den Vereinigten Staaten noch viel mehr. Solange nicht der Frieden in der Welt wiederhergestellt werde, sei England das größte Opfer und das am meisten leidtragende Land. Der Frieden müsse auf einer festen







## Die Atempause.

Anstelle der am 15. Januar und 18. Februar fällig gewordenen Zahlungen von rund 150 Millionen Goldmark hat sich die Reparationskommission in Cannes bereit gefunden, von der Reichsregierung vom 18. Januar an in zehntägigen Raten die Zahlung von 31 Millionen Goldmark in Anrechnung auf die gestundeten Beträge entgegenzunehmen. Die deutsche Regierung hatte in Cannes erklärt, insgesamt zu den beiden ersten Fälligkeitsterminen dieses Jahres 150 bis 200 Millionen Goldmark an Devisen aufbringen zu können. Die zehntägigen Zahlungen würden diesen Devisenvorrat in rund zwei Monaten erschöpfen. Dann stehen wir wieder vor dem alten Not, zumal gegen das Frühjahr noch erhebliche Anschaffungen von ausländischem Getreide zur Ergänzung unserer Brotversorgung bis zur neuen Ernte nötig werden. Auch dauert der Zahlungsausschub nur bis zur Entscheidung der Reparationskommission oder des Obersten Rates über das von Deutschland geforderte Leistungsprogramm für 1922 und die Reformvorschlüsse zur Wiederherstellung unserer Staatsfinanzen. Es ist uns also nur eine kurze Atempause gegönnt, die zu einer neuemwerteten Entlastung nicht führen wird, wenn die feindlichen Mächte auf den Grundlinien einer Reform bestehen, die sie in Cannes bereits aufgestellt hatten und nur infolge des Ausscheidens der Franzosen noch nicht zum Abschluß erhoben haben, und in denen die verlangte Erhöhung der Tarife und Kohlenpreise auf das Weltmarktniveau und die Balanzierung des Reichsetats durch neue Steuern mit der Forderung der Einstellung des Banknotendrucks in unüberbrückbarem Widerspruch steht.

Nicht eine Stundung auf kurze Sicht kann Deutschland von dem Druck der Reparationslast befreien, sondern einzig und allein die fähigere Erleichterung dieser Last auf ein erträgliches Ausmaß. In einschlägigen Kreisen der Siegerländer ist diese Erkenntnis im Wachsen. Der englische Volkswirtschaftler J. M. Keynes gibt in einer vor kurzem erschienenen neuen Abhandlung: „Eine Abänderung des Friedensvertrages“ dieser Notwendigkeit von neuem einen klaren und genau umrissenen Ausdruck. Er erklärt die Reparationslast von 132 Goldmillarden nach dem Londoner Zahlungsplan, zu der die Entschädigungszahlungen an Belgien treten, von vornherein für viel zu hoch gegriffen. Die britischen Vertreter im Reparationsausschuß hatten von Anfang an einen Betrag von 110 Milliarden für angemessen erklärt. Von diesem Betrage rechnet Keynes aber die gesamten Kriegsschulden ab, deren Ausbaurung auf Deutschlands Schultern im Widerspruch zu den feierlichen Zusagen stehe, die Deutschland beim Waffenstillstand gegeben worden sind. Sie erfordern allein 74 Milliarden; nach ihrem Abzug bleiben nur 36 Milliarden übrig. Aber auch die Zahlung dieser Summe durch Deutschland, zu der es an sich vielleicht imstande wäre, würde eine Steigerung des deutschen Ausfuhrhandels, aus dessen Erträgen sie allein bezahlt werden könnte, in einem für England unerschwinglichen Umfange erfordern. So sollten England, die Vereinigten Staaten, Italien und die kleineren der kriegsführenden Länder auf ihren Anteil verzichten, und Deutschland hätte dann nur noch 18 Milliarden an Frankreich und 8 an Belgien zu zahlen, was mit Hinzunahme und Tilgung einen Jahresbetrag von etwa 1260 Millionen Goldmark für einen Zeitraum von 50 Jahren erfordern würde.

Auch nach diesem Plan von Keynes bliebe eine angeheure Last auf Deutschlands Schultern ruhen, aber doch eine solche, die man zu tragen und abzubauen versuchen könnte. Leider kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß der Vorschlag, wenn nicht schon in England und bei den kleineren Mächten, so doch in Frankreich und Belgien nur mit einem Hohngeschrei beantwortet werden wird.

## Stimmen der Vernunft.

Asquith gegen Versailles.

Der ehemalige englische Ministerpräsident hielt vor den Geschäftsleuten der Londoner City eine bemerkenswerte Rede über die allgemeine Wirtschaftskrise, in der er vor allem hervorhob, daß jeder wirkliche wirtschaftliche Wiederaufbau ummöglich sei, bevor die Fragen der Reparationen und interalliierten Schulden endgültig geregelt seien.

Asquith schilderte zunächst die schwierige wirtschaftliche Notlage Großbritanniens und erklärte, daß die Arbeitslosigkeit in noch nicht dagewesenem Maße fortdauere. Sie koste dem Staat im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar etwa zwei Millionen Pfund Sterling in der Woche und mittelbar eine unberechenbare weitere Zahl von Millionen. Der wahre Grund der herrschenden Erwerbslosigkeit und des Niederganges des internationalen Handels Englands sei, daß andere Nationen nicht in der Lage seien, unter Bedingungen zu kaufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Der industrielle und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands haben verhängnisvolle Folgen zeitigen müssen. Vor dem Kriege sei Deutschland der beste Kunde und größte Lieferant Russlands, Italiens, Oesterreichs und einer Anzahl kleinerer Staaten auf dem Kontinent und der zweitgrößte Kunde und Lieferant Großbritanniens gewesen. Der industrielle und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands müßte daher die ernstesten Folgen nach sich ziehen.

Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hätten nicht weniger als zehn europäische Konferenzen über die Reparationsfrage stattgefunden. Die

kurzem in dem Kasino von Cannes gipfelten. Jede der Konferenzen sei damit beschäftigt gewesen, das Werk der vorigen Konferenz abzuändern oder ungültig zu machen. Was die Welt, was die Geschäftswelt wolle, sei Gewißheit und Endgültigkeit. Diese werde man nicht erhalten, wenn man nicht ein für alle Mal im Lichte der Tatsachen die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages abändere.

Es sei keine Frage der Milde gegen Deutschland, sondern eine Frage des eigenen Interesses für eine Anzahl von Staaten, die den Wohlstand Europas nur neu schaffen könnten, wenn sie die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen. Eine wirkliche dauernde Wiederherstellung könne nicht stattfinden, bevor sich nicht die großen und kleinen Nationen bereit zeigten, das Erbe, das der Krieg zurückließ, und das alle gemeinsam tragen müßten, mutig auf sich zu nehmen.

## Wiederherstellung des Weltkredits.

Auf der ersten nationalliberalen Konferenz der englischen Koalitionsliberalen, die zurzeit in Westminster unter Teilnahme von nahezu 2000 Delegierten aus allen Teilen Englands stattfindet, begründete der Minister Churchill die Notwendigkeit der Koalition vor allem mit der außenpolitischen Lage. Noch mehr als im Inlande sei im Auslande eine Stabilität notwendig. Die Welt sei erschöpft und Europa fast ruiniert. Überall müßten wieder Vertrauen und Loyalität eingekehrt. Mit zwei Millionen Arbeitslosen sei Großbritannien verpflichtet, die Wiederherstellung des Weltkredits und die Förderung der Kaufkraft seiner Kunden als Gegengewicht für seine Wohlfahrt anzusehen. Von dieser Aufgabe sei Lloyd George jetzt in Anspruch genommen.

Lloyd George wurde einstimmig zum Präsidenten und Churchill zum Vizepräsidenten des nationalliberalen Rates gewählt.

## Politische Rundschau.

Berlin, 23. Januar 1922.

Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung Krestinski hat nach seiner Rückkehr aus Moskau der Reichsregierung Vorschläge seiner Regierung über die künftige Gestaltung des konsularischen und diplomatischen Verkehrs zwischen der deutschen Regierung und der Sowjet-Republik überbracht.

In Prag ist der deutsch-tschechoslowakische Vertrag über das Rechtsabkommen und die Rechtstitel in Zivilsachen unterzeichnet worden. Desgleichen gelangte man zu einem Uebereinkommen in der Frage der gegenseitigen Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivilsachen.

Ministerkonferenz in Berlin. An den Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder nahmen außer den Mitgliedern des Reichskabinetts die Regierungschefs aller achtzehn Länder oder ihre Vertreter sowie die Berliner Gesandten der Länder teil. An das ausführliche Referat des Reichsministers a. D. Dr. Rathenau über seinen Aufenthalt in London und Paris und über die Konferenz in Cannes schloß sich zunächst eine Aussprache über die außenpolitische Lage an, in deren Verlauf einzelne Regierungschefs, namentlich die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg, ihrem vollen Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik Ausdruck gaben und den festen Entschluß ihrer Regierungen bekundeten, auch fernerhin in allen Gefahren treu zum Reiche zu stehen. Die Ministerpräsidenten regten an, die Reichsregierung möge durch ähnliche Konferenzen die Regierungen der Länder über die schwebenden Fragen der Politik stetig auf dem Laufenden halten. Der Reichskanzler erklärte, die Regierung werde der Anregung zu gemeinsamen Besprechungen mit den Regierungen der Länder bereitwillig nachkommen. Am Abend fand beim Reichspräsidenten zu Ehren der Ministerpräsidenten der Länder ein Essen statt, an dem außer den Ministerpräsidenten und den Gesandten der Länder der Reichskanzler, die meisten Reichsminister, Dr. Rathenau und zahlreiche andere hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen.

Die Entscheidung über die Deutschen Werke steht noch aus. Der Vorschlag hat vor einiger Zeit der Deutschen Regierung nur eine kurze Mitteilung über die Deutschen Werke gemacht, die jedoch keine weiteren Schlüsse zuläßt. Infolge dieser Unsicherheit hat sich der Arbeiterschaft der Deutschen Werke erneut eine große Erregung bemächtigt. Der Zentralbetriebsrat des Konzerns der Deutschen Werke hat demzufolge erneut eine Verhandlung bei dem Präsidenten der Interalliierten Militärkommission General Koller nachgesucht. In der Verhandlung erklärte Koller dem Betriebsrat, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission zurzeit noch über die einzelnen Fragen Beratungen pflege und die endgültige Entscheidung erst in ungefähr zehn Tagen zu erwarten sei.

Beschränkung der Redezeit im Reichstag. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Reden ihrer Länge nach zu beschränken. Jede Rede soll höchstens ¼ Stunden dauern. Dieser Beschluß muß erst noch von Plenum bestätigt werden.

Strafnachlass für Märzverurteilte. Der preussische Justizminister Dr. Am Rehnhoff hat unter dem 19. Januar dieses Jahres eine allgemeine Verfügung über Verbeisung von Gnadenurteilen bei Verurteilung wegen einer in Verbindung mit der Aufbruchbewegung vom März 1921 begangenen Straftat erlassen. Das bei solchen Verurteilungen

best. heißt es in der Verfügung unter anderem: „Um unbillige Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit dem Aufbruchbewegung im März 1921 begangenen Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilten, soweit ihnen einschließliche der in Anrechnung gebrachten Untersuchungshaft oder nach Bildung einer Gesamtschuld eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahre auferlegt worden ist, die Verbeisung eines Gnadenurteils oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung geboten erscheint.“

Arbeitervertreter im Aufsichtsrat. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat den Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat angenommen. Der Entwurf bedeutet eine Ergänzung des Betriebsrätegesetzes. Das Gesetz schlägt die Entsendung von ein oder zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat des betreffenden Unternehmens vor. Es handelt sich hier um eine Neuerung grundlegender Art, um die Bewandlung des im allgemeinen gewährten Mitbestimmungsrechtes in ein Mitbestimmungsrecht. Dies werde von der Regierung vorgeschlagen in der Ueberzeugung, daß nichts so sehr die Arbeitsfreudigkeit, das Bemühen um Leistungssteigerung und das Interesse an der Führung der Betriebsleistungen und des Ertrages zu steigern geeignet sei, als die verantwortliche Mitwirkung an der obersten Leitung des Unternehmens. Das Gesetz soll bereits am 1. Februar in Kraft treten.

Stodung in den oberschlesischen Verhandlungen. In die deutsch-polnischen Besprechungen in Oberschlesien ist eine gewisse Stodung eingetreten, da in verschiedenen Punkten keine Einigung erzielt werden konnte. Die strittigen Punkte sind vor allem die Frage des Liquidationsrechts, des Schutzes der Minderheiten und des Zusammenhanges der oberschlesischen Gewerkschaften mit den deutschen Spitzenorganisationen. Diese Fragen werden voraussichtlich dem Vorsitzenden Bundesrat Calonder zur Entscheidung unterbreitet werden. Die übrigen Vertragspunkte, über die eine Einigung zustande gekommen ist, werden in den nächsten Tagen formuliert, so daß die Verhandlungen in Oberschlesien voraussichtlich am 28. ds. Mts. beendet sein werden. Dann soll eine Pause eintreten, und am 6. Februar soll in Genf weiter beraten werden. Diese Abschlußverhandlungen dürften den ganzen Februar ausfüllen.

Eine Rede Fehrenbachs an die Studenten. Zur Erinnerung an die Reichsgründung veranstaltete die katholischen Verbindungen der Berliner Universität einen Kommers, auf dem der frühere Reichskanzler Fehrenbach eine bemerkenswerte Rede hielt, in der er u. a. ausführte:

„Die Revolution kam, ohne daß das deutsche Völkchen sich mannhaft ihr entgegenstellte hätte. Man muß sich zu der Verfassung stellen, wie man will, aber daran müssen wir festhalten, und zwar gerade heute, die Verfassung ist geschwächt, und zwar gerade heute, und ist jetzt in einer kritischen Lage für das deutsche Volk. Das ist noch bei dem Prozeß gegen Jagow dem Reichsgericht ausgesprochen worden. Hier hat Gewalt, hier haben Taten Recht geschaffen.“

Fehrenbach erinnerte schließlich an 1866, wo durch den Nachspruch von Monarchen Monarchen entthront worden seien. Er wisse nicht, ob ein ganzes Volk nicht das gleiche Recht habe wie einzelne Monarchen.

Stegerwald über Gewerkschaft und Politik. In einer öffentlichen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin sprach Ministerpräsident a. D. Stegerwald über die Wiederaufbauarbeit, wie die von ihm geführten christlichen Gewerkschaften sie geführt wissen wollten. Anknüpfend an seine Rede auf dem 11. christlichen Gewerkschaftskongress kam der Redner zu dem Schluß, daß nach dem Zusammenbruch des alten Obrigkeits- und Ordnungsstaates das Volk die neue Kraftstation des Staates bilden müsse. Es müsse allerdings erst dazu erzogen werden. In der deutschen Wirtschaft seien drei Probleme zu lösen: 1. Der Versailler Vertrag und die Reparationsleistungen müßten abgeändert werden; 2. der Reichshaushalt muß in Ordnung gebracht werden, und 3. müsse die Frage der Ernährung unseres Volkes gelöst werden. Der Besitz müsse ein großes sichtbares Opfer bringen, das Volk müsse mehr arbeiten, die Arbeiterschaft aber gleichzeitig mehr Einfluß auf das Wirtschaftsleben gewinnen.

Aufhebung des Arbeitszwanges. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat mit 16 gegen 13 Stimmen folgenden Antrag angenommen: „Der finanzpolitische Ausschuß empfiehlt der Reichsregierung, den durch die Verordnung vom 24. Oktober 1920, betreffend die Kapitalflucht, eingeführten Arbeitszwang wieder aufzuheben.“ Die Arbeitgeber hatten sich für, die Arbeitnehmer gegen den Antrag ausgesprochen, die Gruppe III hatte getrennt gestimmt. Der Antrag auf Aufhebung der in der gleichen Verordnung und der Reichsabgabenordnung gegebenen Vorschriften über die Auskunftsspflicht der Banken wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Arzneiabschreibes für Minderjährige. Die bayerische Regierung hat jetzt endlich dem Antrag der politischen Gefangenen in der bayerischen Festungsanstalt Minderjährigen ein Ende gemacht. Nach einer Mitteilung des Justizministeriums ist dafür gesorgt, daß sich in der Festungsanstalt Minderjährige keine karnevalistischen Vergnügungen ereignen können, weil derartige Ausflüge mit dem Ernste und dem Zweck des Strafvollzuges nicht vereinbart werden können.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes soll im April in Rom stattfinden, sie überschneidet im Juli, wahrscheinlich auf Einladung des Schweizerischen Bundesrates in Bern.

Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen ...

Die Verhandlung ...

Die Verhandlungen über eine jugoslawisch-rumänische ...

Der ungarische Terrorist ...

Die vier amerikanischen Handelsattachés in Paris ...

Die Japaner haben auf ihre Ansprüche auf die ehemals ...

Australien wird in Genua durch den australischen ...

Ungarn: Revolververbrechen im Parlament.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es zu ...

Amerika: Frankreich — zahlungsunfähig!

Vor einigen Tagen kam aus Washington die ...

Amerika: Das Ergebnis von Washington.

Die Verhandlungen der Washingtoner Abrüstungs- ...

Kriegsbeschuldigtenprozesse in Frankreich.

Paris, 22. Januar. Das hiesige Kriegsgericht ...

Der Polizeipräsident von Sofia erschossen.

Sofia, 22. Januar. Der pensionierte Oberst ...

Brandkatastrophe in Norwegen.

Bergen, 22. Januar. In Bif ist die ganze ...

Eisenbahnbrand in Schottland.

Glasgow, 22. Januar. Auf dem Güterbahnhof ...

Die Maßnahmen der Regierung zur Besserung ...

Aus Stadt und Land.

Altenburg ohne Stadtparlament. Die letzte ...

gemeinde nimmt keine parlamentarische Vertretung ...

Große Feuerbrunst auf den Philippinen. Eine ...

Das Großfeuer bei Sarottl. Der Miesbrand, ...

Ein französisches Panzerschiff gescheitert. Wie ...

Meine Nachrichten.

Die nach Kündigung des Mantelvertrages im ...

Gerichtssaal.

Das Urteil im Schlieffen-Prozess. Das Oberliche ...

Der Heidelberger Mordprozess.

Schluss der Beweisaufnahme. Nach dem ...

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den ...

Table with 4 columns: Item, 21. 1., 20. 1., 1914. Lists various currencies and their values.

Gedenktafel für den 24. Januar.

1712 \* Friedrich der Große in Berlin († 1786) ...

Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein. (14 Fortsetzung.)

„Was fällt dir ein?“ sagte er entschlossen in einem ...

„Sein kühler, liebloser Ton, der bewies, daß er ...

Die Verstimmung, welche zwischen Ruth und ihrem ...

Ruth sprach kaum ein Wort und arbeitete trau- ...

Ruth erschien ihm neben ihr plump, unbeholfen ...

Auch Leo Dreßler sprach wenig. Er beobachtete ...

Im nächsten Augenblick suchte er zusammen und ...

Ruth, die neben ihm saß und durch eine Be- ...

Hinter ihr schob ein Diener lautlos einen ...

Die schöne Frau hielt ihr langstieliges, goldenes ...

„Dorthin!“ deutete sie dem Diener und schritt ...

Wend, der mit dem Rücken gegen die Tür saß, ...

Ruth sah erstaunt, wie ihres Mannes Gesicht ...

Es schien, als ob alle Anwesenden einander kan- ...

An Ruth dachte im Augenblick niemand. Erst ...

Ruth starrte fast erschrocken auf die schöne ...

Sie schaute selbst, wie links sie sich benahm, ...

„Das hätten Sie wohl nicht gedacht, liebe Gräfin, ...

„Nein“, antwortete die Romansky trocken, „Sie ...

„Es machte sich auch ganz plöglich, Better ...

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl ...